

Regionalentwicklung
durch Gendervielfalt



Für neue Weibs- und Mannsbilder

Der Geschlechtervielfalt

Elisabeth Aufhauser

Allzu häufig bezieht sich Regionalpolitik auf veraltete, hierarchisch ausgeformte Geschlechterklischees. Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern werden dadurch eher konserviert und verstärkt als verringert. Solange Regionalpolitik derart mit einer konservativen Geschlechterpolitik unterfüttert ist, wird sie keine nachhaltigen Innovationsprozesse in Gang setzen.

„Man kommt nicht als Frau [oder als Mann] zur Welt, man wird es“. Bereits 1949 streicht Simone de Beauvoir hervor, dass Geschlecht nicht etwas biologisch Vorgegebenes, sondern etwas gesellschaftlich Konstruiertes bezeichnet. Frausein/Mannsein ist so immer in historische und sozialräumliche Zusammenhänge eingebettet. Durch politische Maßnahmen können Geschlechterbeziehungen zementiert oder bewusst neu gestaltet werden.

Regionalpolitik konstruiert Geschlecht

Auch Regionalpolitik ist an der Konstruktion und Rekonstruktion von Geschlechterbeziehungen beteiligt – und zwar stärker als vielfach wahrgenommen. Da praktisch immer in gesellschaftliche/n Kontexte/n interveniert wird, die von geschlechterbezogener Differenzierung durchzogen sind, kann Politik gar nicht geschlechterneutral sein. Wird der Geschlechterkontext bei der Gestaltung von Maßnahmen nicht explizit berücksichtigt, kommt es häufiger zu einer Verstärkung von Disparitäten als zu deren Abbau. Statt Geschlech-

terneutralität muss daher mehr Geschlechtersensibilität und eine bessere Gleichstellungsorientierung gefordert werden – auch von der Regionalpolitik. Dazu müssen zuerst einmal die mit bestimmten Interventionen verbundenen Konstruktionen von Geschlecht/lichkeit genau unter die Lupe genommen und evaluiert werden.

Werden über die Subventionierung von Fabriken oder die Anlage von Radwegen aber tatsächlich Geschlechtlichkeiten konstruiert und damit verbunden auch Lebenschancen geschlechterspezifisch ausdifferenziert? Im Regelfall ja. Um das zu erkennen, sind folgende Fragen zu stellen:

An welche Subjektpositionen richten sich regionalpolitische Instrumente explizit oder implizit?

Wie sind diese Subjektpositionen in bestimmten Regionalkontexten geschlechtlich hinterlegt?

Welche Konstruktionen von Weiblichkeit/Männlichkeit werden konkret aufgegriffen bzw. forciert?

Was bedeutet dies kurz- und längerfristig für die Geschlechter(macht)beziehungen?

eine Chance geben

Werden diese eher hierarchischer oder gleichgestellt?

Zwei Beispiele:

Hilfsarbeiterjobs für junge Frauen auf dem Land

In den 1970er Jahren wurde die Ansiedlung „verlängerter Werkbänke“ der Bekleidungs- und Elektronikindustrie auch in Österreich gezielt subventioniert. Geschaffen wurden explizit Arbeitsplätze für die Bauertöchter in den ländlichen Gebieten, deren Arbeitskraft in der Landwirtschaft nicht mehr gebraucht wurde. Der Verbleib der jungen Frauen bis zur Heirat in der Region sollte Abwanderungsprozesse dämpfen. Die Auswirkungen auf die Geschlechterbeziehungen lassen sich plakativ wie folgt umreißen: Die Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen in den peripheren Regionen verbesserten sich. Es stieg auch die ökonomische Unabhängigkeit junger Frauen. Die Arbeitsmöglichkeit in der Fabrik reduzierte jedoch den Anreiz, eine weiterführende Ausbildung ins Auge zu fassen. Länger als anderswo hatten Eltern eine Ausrede, nicht auch noch in die Ausbildung der Töchter zu investieren. In den grenznahen ländlichen Gebieten blieb der Anteil an jungen Frauen, die keine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung erhielten, bis in die jüngste Ver-

gangenheit hoch. Job und Lohnhöhe in den Fabriken waren so, dass die Frauen mit der Heirat und der Geburt von Kindern gerne die klassische Hausfrauenrolle übernahmen. Länger als in anderen Gebieten Österreichs reproduzierte das jene geschlechterspezifischen Hierarchien und Abhängigkeiten, die dem Alleinverdiener-Familienmodell eingeschrieben sind. Auch in der Regionalpolitik selbst wirken die Geschlechterbilder aus den 1970er Jahren nach: Wenn eine bessere Ausrichtung wirtschaftspolitischer Instrumente auf die Förderung von Frauenbeschäftigung gefordert wird, denken viele Akteure auch heute noch, dass das eine Rückkehr zur Subventionierung „deppeter Frauenjobs“ bedeuten würde bzw. müsste.

Lernwerkstätten für Jungtechniker

In den 1990er Jahren boomt die Errichtung von Technologie-, Innovations- und Gründerzentren. Diese sollen Jungunternehmern aus wissensintensiven Branchen bessere Start- und Innovationsbedingungen bieten. Das oft gezeichnete Ideal der Einmieter in die Zentren: weiß, jung, männlich, Techniker, ohne sichtbare familiäre Verpflichtungen. Damit verbundene Bilder von „kommunikationsschwierigen Technikgenies, die neben ihrem Beruf kaum ein Sozialleben haben“

entsprechen nicht unbedingt der Realität. Dennoch orientiert sich das Infrastrukturangebot in den Zentren in vieler Hinsicht daran: Kompetentes weibliches Personal im Front-Office-Bereich sorgt gegenüber Kunden für ein Image unternehmerischer Professionalität. Den „jungen Technikern“ wird das im Alleingang nicht zugeutraut. In klassischer geschlechterspezifischer Arbeitsteilung sind „die Damen“ nicht nur zuständig für Empfang und Bürotätigkeiten, sondern auch für Werbe- und Marketingaufgaben sowie die Organisation sozialer Events, die die in den Zentren Eingemieteten kommunikativ vernetzen. Die diskursiv vorgegebenen Bilder stützen darüber hinaus auch im familiären Zusammenleben der Jungunternehmer verschiedene Aspekte hierarchischer Männlichkeit: Viele Zentren sind in Gewerbegebieten außerhalb der dicht verbauten Ortsteile angesiedelt. Er benötigt daher auf alle Fälle den/einen PKW. Geschäfte und Kindergärten fehlen in den Zentren. Er kann sich daher nicht um den Einkauf oder die Organisation der Kinderbetreuung kümmern. Das Treffen mit den Kumpels am Abend ist notwendig, um „tacit knowledge“ auszutauschen. Der Unternehmensaufbau wird von der öffentlichen Hand als besonders innovativ gefördert. Durch eine Karenzphase



beim Kind darf dieser daher auch nicht gefährdet werden. Überrascht, dass sich in vielen Zentren nur wenige Unternehmerinnen ansiedeln?

Dichotomie von Geschlechterbildern verstärkt Ungleichheit

Geschlechterspezifische Disparitäten basieren auf binären Konstruktionen von Weiblichkeit versus Männlichkeit, die hierarchisch angelegt sind. Ungleichheit zwischen Frauen und Männern wird auch über Regionalpolitik dort aufgebaut und verstärkt, wo sie untergeordnete Formen von Weiblichkeit (wie die schlecht/unspezifisch qualifizierten Frauen in Beispiel 1) oder übergeordnete Formen von Männlichkeit (wie die männlichen Techniker-Entrepreneurs als Innovationsstreiber in Beispiel 2) konstruiert und in den Mittelpunkt stellt. Für die Ausformung geschlechterspezifischer Disparitäten in den Lebenschancen auf regionaler Ebene sind daher primär einmal die „Weibsbilder“ und die „Mannsbilder“ verantwortlich, auf die sich Konzepte, Programme, Maßnahmen beziehen. Je dichotomer, traditioneller, hierarchischer, undifferenzierter, eindimensionaler die Subjektpositionen „vergeschlechtlicht“ sind, an die sich regionalpolitische Interventionen richten, desto eher werden Ungleichheiten zementiert oder verstärkt. Je offener, ambivalenter, verletzter, selbstbestimmter, multipler die

Geschlechtlichkeiten vermittelt werden (können), die mit bestimmten Subjektpositionen verbunden sind, desto eher wird es in Richtung Gleichstellung von Frauen und Männern gehen.

„Needy“ statt „needed“

Im regionalpolitischen Diskurs dominieren bis heute undifferenzierte und klischeehafte Geschlechterbilder. Frauen gelten als gering qualifiziert, in ihrer Mobilität eingeschränkt, in ländlichen Regionen besonders unterdrückt, an politischer Mitsprache wenig interessiert. Aufgrund ihrer Konstruktion als Sozialgruppe mit spezifischen Bedürfnissen, werden sie eher als Belastung für die, denn als Bereicherung in der Regionalentwicklung wahrgenommen. Realität ist: Frauen haben in den letzten Jahrzehnten sehr komplexe Muster an Geschlechtsidentitäten ausgebildet. Diese machen es zunehmend unmöglich, von Frauen als einer spezifischen Sozialgruppe, von typisch weiblichen Lebensbezügen, Biographien und Lebensstilen oder gar von frauenspezifischen Anliegen und Bedürfnissen zu sprechen. Differenzierung ist dringend nötig, um an Klischees zu rütteln. So wird etwa der große Bildungsvorsprung junger Frauen erst durch altersspezifische Differenzierung sichtbar. Es gibt viele bisher „ungenutzte Humanressourcen“ der Frauen in der Regionalentwicklung: Die gute Ausbildung der

jungen Frauen ist eine davon. Eine andere sind die vielen innovativen Ideen, die Frauen aufgrund ihrer noch immer anderen Lebenszusammenhänge einbringen können.

Klischeehafte Vielfalt

Im Gegensatz zu „den Frauen“ kommen „die Männer“ in Regionalprogrammen nicht explizit als eigenständige Sozialgruppe vor. Den Männern werden stärker ausdifferenzierte Subjektpositionen zugestanden: etwa als Facharbeiter, als Schulabbrecher der zweiten Generation oder als technisch hoch Qualifiziertem. Auch diese „Mannsbilder“ sind im Allgemeinen jedoch sehr klischeehaft und einseitig konstruiert. Seien Sie ehrlich: Wer bringt schon „den Lkw-Fahrer“ mit dem Bedürfnis nach Vereinbarkeit von Beruf und Familie und nach ge-



sundem Mittagessen in Verbindung? Kennen Sie eine regionalpolitische Maßnahme, die auf die Erfüllung derartiger „Absurditäten“ ausgerichtet ist? Realität ist: Auch männliche Identitäten sind zunehmend weniger klischeehaft differenziert. Darüber hinaus werden viele Formen männlicher Identität, die regionalpolitisch an sich wertvoll wären, noch immer ignoriert: Männer, die als Väter und Söhne aktiv Care-Arbeit übernehmen; Männer, die auf nachhaltige Mobilitätsformen setzen; Männer, die nicht in Standard-Kleinfamilien leben u. Ä. m.

Geschlechtervielfalt stärkt Regionalpolitik

Die alten Frauen- und Männerbilder passen nicht mehr. Geschlechterkritische Dekonstruktionen der Subjektpositionen, auf die sich regionalpoliti-

sche Maßnahmen beziehen, werden das immer wieder zeigen. Wie jedoch lassen sich andere, modernere, nicht-hierarchische, offenere, ambivalenterer Geschlechterbilder konkret konstruieren? Drei kurze Hinweise: Relativ einseitig männerdominierte Gremien entscheiden derzeit, was Frauen wollen (dürfen). Erst wenn Frauen eine aktive Subjektposition in der Regionalentwicklung zugesprochen wird, können sie beginnen, die von ihnen bevorzugten „Weibsbilder“ selbst zu konstruieren. Frauen müssen in politischen Prozessen daher zumindest eine ähnlich hohe Stimmenvielfalt erhalten wie jene Männer (mittleren Alters, ohne Migrationshintergrund und ohne Behinderung), die als heterogene Akteure in regionalen Partnerschaften derzeit dominieren. Regional stimmige neue Geschlechterbilder lassen sich nur aus den jeweiligen Kontexten heraus entwickeln. Analysen, die Klischees in Frage stellen, sind dazu unerlässlich. Nicht nur für Frauen wird Regionalentwicklung spannender, wenn sie

- nicht mehr nur als gering qualifiziert, sondern als enorm bildungshungrig,
- nicht mehr nur als Mütter, sondern auch als Töchter, die einen Betrieb übernehmen könnten,
- nicht mehr nur als „Mobilitätsbehinderte“, sondern als enorm mobil und flexibel konstruiert werden.

Um das Einschreiben geschlechterhierarchisch definierter Subjektpositionen in regionalpolitische Maßnahmen einzudämmen, sind Auseinandersetzungen folgender Art notwendig: Wie muss qualifizierte Wissensarbeit definiert werden, damit die Potenziale von Frauen und Männern angesprochen sind? Wie muss der Zugang zu Unterstützungsmaßnahmen im Zuge von Unternehmensgründungen gestaltet sein, damit auch Frauen davon profitieren? Wie muss Partizipation in regionalen Entwicklungsprozessen definiert sein, damit sich Frauen in ähnlichem Ausmaß wie Männer beteiligen können?

Eines ist sicher: Durch den Bezug auf real längst überholte Geschlechteridentitäten trägt Regionalpolitik in Österreich derzeit massiv zur Konservierung geschlechterhierarchischer Muster im Zusammenleben bei. Um nachhaltige Innovationsdynamiken in den Regionen zu sichern, ist ein offensiver Umgang mit den vielfältigen Geschlechteridentitäten, die in den Regionen heute schon gelebt werden, dringend erforderlich. †

Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elisabeth Aufhauser ist Assistenzprofessorin am Institut für Geographie und Regionalforschung, Universität Wien.

